
Wissen – Ethik – Politik

Peter I. Gichure

*„Es gibt sieben Sünden auf der Welt:
Reichtum ohne Arbeit, Vergnügen
ohne Gewissen, Wissen ohne Charakter,
Handel ohne Moral, Wissenschaft ohne
Menschlichkeit, Verehrung ohne
Opfer und Politik ohne Prinzipien.“*
Mahatma Gandhi

Einleitung

Viele afrikanische Länder hofften, die Demokratie werde soziale Gerechtigkeit und mehr politische Beteiligung mit sich bringen. Für viele Menschen ist jedoch die umfassende, relevante Verwirklichung der Demokratie illusorisch geblieben. In vielen afrikanischen Ländern breiten sich Armut und politische Instabilität immer weiter aus. Für viele Menschen haben sich ihre Lebensumstände durch mehr politische Freiheit und ein größeres Wahlangebot nicht zum Guten gewendet. Vielen ist klar geworden, dass sich der Status quo nicht unbedingt ändert, wenn sie ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen dürfen. Was haben wir falsch gemacht?

Dieser Beitrag vertritt die Ansicht, dass wir zur Lösung dieses Problems die Bereiche der Demokratisierung und der politischen Verantwortung neu überdenken müssen. Anstatt lediglich unserer Meinung Ausdruck zu verleihen, müssen wir dem Einfluss unserer Führer Grenzen setzen und dadurch ihre Entscheidungen beeinflussen. Demokratische und ethische Werte müssen in jeden Prozess einflie-

ßen, der mit der Demokratisierung und der Wahl unserer Führer zusammen hängt. Die Bürger müssen lernen, ihre Führer zur Verantwortung zu ziehen, denn dadurch wird „good governance“ sichergestellt. Demokratie sollte mit „good governance“, einer guten Politik und mit gutem Willen verbunden sein. Diese und andere Werte aber fehlen den heutigen Demokratien.

Wenn wir demokratische und ethische Werte in den Demokratisierungsprozess einbringen wollen, müssen wir die Menschen umerziehen und eine Haltung aus der Welt schaffen, die im Bereich des Staates Völkerfeindschaft, Vetterwirtschaft und Korruption bestärkt. Jeder, der diese Werte und seine eigene Verantwortung vernachlässigt, fördert damit Straffreiheit und Korruption in der Gesellschaft. Wir züchten korrupte Führer heran, die ihrerseits wiederum inkompetente Personen mit der Verwaltung des Rechts und der öffentlichen Einnahmen betrauen. Dabei gehen diese Unfähigen straffrei aus, wenn sie Menschenrechte verletzen und den Rechtsstaat missachten.

Die Grundsätze der „good governance“ müssen als Teil des Wertesystems für öffentliche Institutionen in unsere politische Ökonomie und in unsere öffentlichen Einrichtungen Eingang finden. Das ist deshalb notwendig, weil sich die Politiker bis vor kurzem auf die Unkenntnis der Massen verlassen konnten. Eine gebildete Bevölkerung ist sensibilisiert und gut informiert und deshalb schwierig zu manipulieren. Um so weit zu kommen, brauchen wir Institutionen, die Wissen vermitteln. Wissen schafft Optionen. Wenn es mehrere Optionen gibt, haben die Menschen die Wahl. Diesen Auswahlprozess bezeichnen wir als Entscheidungsfindung, ein Prozess, in den ethische Werte mit einfließen müssen.

Demokratie

In einer Demokratie geht die Macht vom Volk aus. Das Volk überträgt das Recht zur Ausübung dieser Macht im Wege von Wahlen an bestimmte Personen. In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es:

„Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch wiederkehrende, echte, allgemeine und gleiche Wahlen zum Ausdruck kommen, die mit geheimer Stimmabgabe oder mit einem gleichwertigen freien Wahlverfahren stattfinden“¹

In einer Demokratie geht die Autorität des Führers vom Volk aus, das wiederum an der Staatsführung beteiligt werden muss – einer der Grundsätze der Demokratie. Auch der Konsens ist für eine Demokratie äußerst wichtig. Manche gewählten Führer jedoch umgehen ihr Parlament und herrschen ohne Rücksicht auf die Verfassung per Dekret.² Trotzdem bin ich überzeugt, dass die Demokratie praktikabel ist und verwirklicht werden sollte. Die Probleme, die durch den Mangel an Demokratie entstehen, stehen zu ihren Vorteilen in keinem Verhältnis. Ihre Vorzüge machen die Demokratie zu einer erstrebenswerten Regierungsform, in der die Würde des Menschen anerkannt und gefördert wird.³ Verhandlungen, Verständigung und Kompromisse gehören zum Credo der Demokratie; sie fordert, Toleranz zu üben und auch in wichtigen Dingen nachzugeben.

Es gibt zwei erstrebenswerte Formen der Demokratie: die liberale und die soziale Demokratie. In der erstgenannten Regierungsform übt die Mehrheit ihren Willen im Rahmen verfassungsmäßiger Beschränkungen aus, die die Rechte der Minderheiten garantieren. Ihre größte Schwäche besteht in der Erfindung der Religion und ihrer Trennung vom öffentlichen Leben. Thomas weist auf folgendes hin:

„Um das Entstehen eines Staates zu ermöglichen, musste die Religion marginalisiert oder privatisiert wer-

den. Der Staat nutzte die Erfindung der Religion zur Legitimierung eines Vorgangs, bei dem die Loyalität des Volkes von der Religion auf den Staat übertragen wurde, um dessen Macht oder – wie wir es mittlerweile nennen – dessen interne Souveränität zu konsolidieren.“⁴

Die liberale Demokratie hat sich bislang nicht mit dem Wiedererstarken der Religion in vielen Gesellschaften auseinandergesetzt. Viele Menschen können die säkularistische Vorstellung vom Stellenwert der Religion in einer Gesellschaft nicht teilen. Für Milliarden Menschen ist die Religion der Kernpunkt ihrer Lebensgestaltung. Zum demokratischen Verhalten gehört, dass man den Glauben anderer akzeptiert und sich über das Zusammenleben einig wird. Auch mit der Frage der globalen Armut konnte sich die liberale Demokratie nicht auseinandersetzen. Ihre Wertbegriffe stehen nicht auf festem Boden. Der Liberalismus ist nicht in der Lage, seine Lehren über die Würde des Menschen zu rechtfertigen.

Die soziale Demokratie tendiert dazu, soziale und wirtschaftliche Unterschiede in der Verteilung des Privateigentums zu regulieren und abzuschwächen. Nach ihrer Ansicht wird unser Glaube an die Würde des Menschen von einem höheren Prinzip bestimmt. Das Anliegen der sozialen Demokratie ist die Not des Menschen und sein Wohlergehen. Hinter dieser Demokratieform steht der Glaube, dass der Mensch von Gott geschaffen und mit Würde ausgestattet wurde. Nach ihrer Ansicht ist der Mensch von seinem Ursprung und seinem Ende her zu betrachten. Die soziale Demokratie bejaht übergeordnete Werte und sieht den Menschen ganzheitlich. Wenn wir uns der sozialen Demokratie zuwenden, unterstützen wir damit den Frieden, denn die Eskalation von Konflikten und Gewalt ist zum Teil den Ungleichheiten zuzuschreiben, die unter der Bevölkerung dieses Planeten bestehen.

Eine wahrhaft demokratische Regierung strebt nach

Wohlstand und Frieden für das Volk und unterstützt es in der Ausübung seiner Rechte. Nach demokratischer Ansicht ist jeder Mensch mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet. Diese Menschenrechte ermöglichen es uns, unsere menschlichen Qualitäten zu entwickeln und zu nutzen. Eine wahre Demokratie ist dann möglich, wenn das Prinzip des Rechtsstaats an oberster Stelle steht und jedem Menschen auf unserem Planeten Respekt erwiesen wird.

Demokratie allein ist nicht genug. Wir müssen aus Menschen Demokraten machen. Ein Demokrat glaubt an die Würde und die Rechte des Menschen. Die Menschen müssen zu Demokraten erzogen werden und darauf eine demokratische Kultur aufbauen.

Demokratie in allen Institutionen als ein Weg nach vorn

Eine moderne Demokratie kann nur funktionieren, wenn sie repräsentativ ist. Das bedeutet, dass die Bürger ihre politische Macht für einen gewissen Zeitraum an Personen, Institutionen und Parteien delegieren. Da der Wille jedes einzelnen Menschen nur schwer zu ermitteln ist, lebt die Demokratie davon, dass sie aus den divergierenden Interessen der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte einen Konsens bildet, wofür Kompromisse unbedingt erforderlich sind. Ein solcher Kompromiss wird auf dem Weg über Verhandlungen und Vereinbarungen erreicht.

„Demokratie bedeutet, dass die politische Macht von denselben Menschen vergeben und kontrolliert wird, über die sie ausgeübt wird, und zwar dergestalt, dass diese Menschen über etwa den gleichen politischen Einfluss verfügen.“⁵

Wie wir sehen, richten sich nicht alle globalen Akteure nach den Grundsätzen der Demokratie, obwohl einige von ihnen sie sogar anderen vorschreiben! Dies hat seinen Ein-

fluss auf die interne Demokratie. Auch die internationalen Organisationen bieten in dieser Hinsicht kein gutes Beispiel. Dieses Problem müsste transparent angegangen werden. Zweitens verfügen selbst diejenigen, die am Demokratisierungsprozess teilnehmen möchten, nicht einmal in ihren eigenen Interessengruppen über demokratische Strukturen. Also wird die Forderung nach Demokratie manchmal von Organisationen erhoben, die die Grundsätze der Demokratie selbst nicht anwenden!

Eine Institution, die wir demokratisieren müssen, ist die UN und ihre internationalen Unterorganisationen. Es ist wichtig, dass alle Organisationen der Vereinten Nationen sich nach dem Willen der Weltgemeinschaft richten, ganz besonders dann, wenn es um Institutionen wie den Internationalen Strafgerichtshof geht, der prominente Persönlichkeiten aburteilen soll. Dieser Gerichtshof muss sich als demokratisch und für alle Bürger der Welt zuständig legitimieren. Wenn zum Beispiel die Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof nicht durch das Volk legitimiert sind, ist es für die Führer der Welt einfach, das Gericht zu ignorieren und sich so der Strafe für politische und wirtschaftliche Verbrechen zu entziehen.

Auch der Sicherheitsrat muss demokratisch sein, um unter den Nationen Vertrauen aufzubauen, die seinen Entscheidungen unterworfen sind. Zurzeit gilt der Sicherheitsrat als privilegierter Klub und wird deswegen von einigen Ländern nicht ernst genommen.

Alle internationalen Institutionen müssen den Willen des Volkes reflektieren. Sie müssen nachweisen, wie sie ihre Vertreter rekrutieren und wie repräsentativ das Verfahren ist. Sie dürfen nicht im Verborgenen arbeiten, und ihre Tätigkeit muss transparent sein.

Die Demokratisierung der politischen Parteien in Afrika

Joseph Thesing merkt an: „Der Begriff der politischen Partei lässt sich auf alle Organisationen anwenden, deren erklärtes Ziel darin besteht, die öffentliche Willensbildung dauerhaft zu beeinflussen, und die zu diesem Zweck über permanente organisatorische Strukturen und Programme verfügen.“⁶

Die ausführenden Institutionen der Demokratie müssen ebenfalls demokratisiert werden. Ich denke dabei an politische Parteien, Zivilgesellschaften, Verbände, Bewegungen und religiöse Gruppierungen, die vorgeblich die Interessen ihrer Mitglieder in der politischen Arena vertreten. Obwohl ihre Ansätze verschieden sind, streben sie doch alle nach einer gerechten Gesellschaft.

Da sich diese Institutionen zu einer gerechten Gesellschaft bekennen, ist es unerlässlich für sie, demokratisch zu werden und dem Willen der Menschen Ausdruck zu verleihen, die sie vertreten. Das ist deswegen wichtig, weil sie beträchtlichen Druck auf die jeweilige Regierung ausüben und der Demokratie im Wege stehen können, wenn sie lediglich die Wünsche einer Clique vertreten. Außerdem müssten sich diese Institutionen auch den Interessen der Minderheiten widmen.

Vielen politischen Parteien fehlt eine demokratische Kultur – keine gute Voraussetzung für die Demokratie, denn es sind schließlich dieselben Parteien, die sich um die Chance bewerben, eine Regierung zu bilden. Sie können ihr Ziel nicht erreichen, wenn sie an internen Problemen mit der Demokratie kranken. Dies stellt ein großes Problem in vielen afrikanischen Ländern dar, deren Führer die Grundsätze der Demokratie nicht praktizieren können, weil ihre eigenen Parteien sie nicht umsetzen.

In vielen Parteien gibt grundsätzlich der Führer den Ton an. Damit wird es für die Parteimitglieder schwierig, fun-

dierte Entscheidungen zu treffen. Ohne aktive Beteiligung der Mitglieder wird eine Partei leicht diktatorisch und damit unfähig, im Falle eines Wahlsiegs eine transparente Regierung zu bilden.

Finanziell hängen viele Parteien von Spenden ab. Daher werden ihre Entscheidungen von denen beeinflusst, die über Geld verfügen. Und weil die Finanzmagnaten sich am Besten durchsetzen können, wird die Meinung der Mitglieder in Manifesten und Programmen nicht angemessen berücksichtigt. Jeder, der den Status quo zu ändern versucht, zieht den Zorn des Parteiführers auf sich. Unzufriedene Mitglieder, die etwas ändern wollen, werden häufig ausgeschlossen; andere wiederum treten aus und bilden ihre eigene Partei. In einer demokratischen Partei wird niemand ausgeschlossen. Thesing merkt an, dass „die innerparteiliche Demokratie das Führerprinzip ablehnt und innerhalb des Parteiapparats eine interne Struktur zur Meinungsbildung verlangt, aus der die Satzung und das Programm der Partei hervorgehen.“⁷

Erst wenn alle Parteien in sich demokratisch sind, können wir mit dem Aufbau einer Demokratie im Land beginnen. Auch die Vertreter der Zivilgesellschaft müssen ihren Ansichten in einem demokratischen Rahmen Ausdruck verleihen.

Demokratische Werte für bessere Entscheidungsqualität

Die Demokratie ist sowohl eine Regierungsform als auch eine Lebensart. Erstere haben wir im Zusammenhang mit den Institutionen bereits besprochen. Letztere bezieht sich auf Werte, die gelten müssen, wenn die Demokratie ihren Zweck erfüllen soll. Das Verhalten der Menschen muss sich nach den Regeln der Demokratie richten. Auch für die Effizienz von Institutionen sind gewisse Elemente de-

mokratischen Verhaltens erforderlich. Die Werte der Demokratie müssen genauso erlernt und praktiziert werden wie die Regeln zur Entscheidungsfindung. Pogge merkt an:

„Es muss für die Menschen eine Möglichkeit geben, die Agenda (politische Probleme und Optionen) oder die Aufstellung der Kandidaten zu beeinflussen. Der Wähler muss vor Druck- und Vergeltungsmaßnahmen von Regierungsvertretern und Bürgern gleichermaßen geschützt werden; ganz allgemein muss er frei sein von extremer wirtschaftlicher Not, von physischer Willkür und Gewalt und von psychischem Zwang, die zu einer übermäßigen Abhängigkeit von Dritten führen könnten.“¹⁸

Die Demokratie sollte deshalb auf dem Wege der Beteiligung vermittelt werden. Auch müssen wir bestimmte demokratische Werte in den Demokratisierungsprozess einbringen. Diese Werte sind so wichtig, dass die Demokratie scheitert, wenn sie fehlen. Auf einige dieser Werte wollen wir jetzt kurz eingehen.

(a) Konsens

Eine demokratische Kultur kann nur auf dem Konsens aufbauen. Wir brauchen einen solchen Konsens über Werte, Ordnungsbegriffe, Verhaltensregeln und Verfahren. Zu einer jeden demokratischen Kultur gehört die Anerkennung der Rechte von Minderheiten. Miteinander sprechen baut Konflikte ab. Das Konsensprinzip ist kennzeichnend für eine Demokratie. In schwachen Demokratien, zum Beispiel in Afrika, dürfen wir den Konsens keineswegs als selbstverständlich voraussetzen. Ein Konsens muss erreicht werden, wie lange es auch dauern mag. Dabei müssen alle bekannten Verständigungsverfahren eingesetzt werden. Nur so können wir verschiedene ethnische Gruppen zu einem demokratischen Prozess zusammenbringen. Ein Konsens darf sich jedoch nicht nur auf verschiedene

ethnische Gruppen beziehen, er muss auch zwischen verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Schichten möglich sein, und er muss Unterschiede in der Kultur und Bildung der Menschen berücksichtigen.

In einer Demokratie besteht ein Konsens in vier verschiedenen Bereichen, nämlich der Wertekonsens (über die Orientierung der Haltung und des Verhaltens des Einzelnen an bestimmten Werten), der Ordnungskonsens (über die Grundprinzipien der gesellschaftlichen Ordnung), der Verhaltenskonsens (über demokratische Regeln, nach denen sich ein jeder zu richten hat) und der Verfahrenskonsens (über Verfahren, die eingehalten werden müssen, wenn es um Entscheidungen, Zusammenarbeit und Kompromisse geht).⁹

Damit ein Konsens Bestand hat, müssen die Akteure zunächst ihren guten Willen dadurch unter Beweis stellen, dass sie Verhandlungen akzeptieren. Einverständniserklärungen und Vereinbarungen müssen von allen Betroffenen gründlich überprüft werden. Auch eine Strategie zur Erreichung der gesetzten Ziele muss vorhanden sein. Verhandlungen hinter verschlossenen Türen sind allgemein zu vermeiden. Um einen Konsens zu erreichen, muss es Mittel und Wege geben, um Vertrauen unter den verschiedenen Akteuren aufzubauen.

(b) Achtung verschiedener Identitäten und Religionen

Eine Demokratie respektiert die Identität, die Religion und die Kultur des Einzelnen und sichert dadurch Zusammenhalt und Koexistenz. Eine solche Achtung fördert den Frieden und den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen. Es muss sichergestellt werden, dass es selbstverständlich ist, die Identität und Religion des Anderen zu achten. Vorurteile über andere Kulturen und Religionen sind grundsätzlich zu vermeiden. Heute mehr als je zuvor ist die Religion so

fest in der Kultur der Menschen verankert, dass keine Trennung mehr möglich ist. Viele, die sich nicht zu einer bestimmten Religion bekennen, unterstützen sie dennoch um ihrer Identität willen. So hängen zum Beispiel viele an sich nicht gläubige Menschen der katholischen Kirche oder dem Islam ganz einfach deswegen an, weil es die Religion ihrer Eltern ist – eine Praxis, die sich immer weiter verbreitet in einer immer säkularer werdenden Welt. Die Identität eines Menschen wird von vielen Faktoren bestimmt, die alle in Betracht gezogen werden müssen.

(c) Solidarität

Eine Aufgabe der Demokratie besteht darin, Solidarität auf allen Ebenen der demokratischen Kultur zu fördern. Die erste Ebene, auf der es die Solidarität zu fördern gilt, ist die der Verbände. Um überleben zu können, schließen sich Menschen zu Selbsthilfegruppen und Verbänden zusammen, die für sie dann oft zu identitätsstiftenden Organisationen werden. Eine Demokratie, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht, muss derartigen Gruppen und Verbänden Raum bieten.

„Die Solidarität hilft uns, den „Anderen“ – Person, Volk oder Nation – nicht als irgendein Mittel zu sehen, dessen Arbeitsfähigkeit und Körperkraft man zu niedrigen Kosten ausbeutet und den man, wenn er nicht mehr dient, zurücklässt, sondern als ein uns „gleiches“ Wesen, eine „Hilfe“ für uns, als einen Mitmenschen also, der genauso wie wir am Festmahl des Lebens teilnehmen soll, zu dem alle Menschen von Gott in gleicher Weise eingeladen sind.“¹⁰

Solidarität bedeutet den festen Entschluss, sich dem Gemeinwohl zu verpflichten. In unserer immer globalisierter werdenden Welt muss dieser Aspekt der Solidarität berücksichtigt werden. Wir wissen aus Erfahrung, dass Gruppen sich häufig zu Blöcken zusammenschließen, um gegen die

stetige Bedrohung der Umwelt anzugehen. Der Regionalismus ist eine Abart der Solidarität, mit der wir uns in den kommenden Jahren werden auseinandersetzen müssen.

(d) Verantwortung

Verantwortung bedeutet die Fähigkeit zu handeln und über die eigenen Entscheidungen sowohl ethisch als auch juristisch Rechenschaft ablegen zu können. Wir sind alle verpflichtet, die Rechte anderer zu achten und unsere Pflicht zu tun. Zu unserer Verantwortung gehört sowohl der Schutz der Umwelt als auch die Erfüllung unserer Pflichten als Bürger. Eine Demokratie muss sich mit der Umwelt und der Unverletzlichkeit der Schöpfung identifizieren können. Bei einem jeden Demokratisierungsprozess muss die Tatsache berücksichtigt werden, dass niemand frei ist, der keine Verantwortung trägt, denn diese ist der Freiheit vorgeordnet. Manche Demokratien glauben, niemandem rechenschaftspflichtig zu sein und denken deshalb, sie könnten die Welt erpressen.

(e) Menschen- und Bürgerrechte

Eine Demokratie sollte die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten unterstützen, denn sie sind für den Frieden wesentlich. Zu diesen Rechten gehört auch die Pressefreiheit. Die Medien sollten ausgewogene Informationen bieten und an der Sicherung des Friedens mitarbeiten. Wenn wir von Menschenrechten sprechen, müssen wir uns vor denjenigen Demokratien hüten, die die eigenen Bürger für wichtiger halten als andere. Die Demokratien müssen sich bewusst werden, dass sie ohne Zuwanderer nicht existieren würden und dass die Menschen nie damit aufhören werden, staatliche Grenzen zu überschreiten. Es ist die aus Dünkel geborene Arroganz mancher Nationen, die andere Länder veranlasst, die Demokratie nicht ernst zu nehmen.

Die Integration der Ethik in den Demokratisierungsprozess

Wir brauchen die Ethik als Regulator für viele Aspekte zwischenmenschlicher Beziehungen, die außerhalb der Reichweite von Recht und Politik liegen. Ethisches Verhalten schafft Vertrauen unter allen Beteiligten. Aber was ist Ethik, und welche Funktion hat sie in der Politik? Wir könnten auch fragen: Was macht die Politik *mit* den Menschen? Was tut die Politik *für* die Menschen? Diese Fragen sind relevant. Wir könnten uns sogar die Frage stellen, ob die Ethik überhaupt etwas mit der Politik zu tun hat.

Die ethische Theorie begründet die Forderung nach Institutionen und Normen, die die Entwicklung und Verwirklichung der besten menschlichen Motivationen ermöglichen.¹¹ Die Ethik untersucht, was sich als moralisch und dem Gemeinwohl dienlich rechtfertigen lässt. Die Ethik bewertet unsere Entscheidungen über die Qualität von Zielsetzungen und damit auch über Werte und Normen.¹² Dieser Ansatz stellt den Menschen in den Mittelpunkt der Diskussion.

Die Politik hat dem Menschen zu Diensten zu sein, nicht umgekehrt. Der Mensch muss als das betrachtet werden, was er ist. Wenn sich die Politik die Frage stellt „Was ist der Mensch?“ erfolgt die Antwort ganz offensichtlich nicht nur in der wirtschaftlichen, sondern auch in anderen Dimensionen. Dies kann den Anfang einer symbiotischen Beziehung zwischen Politik und Ethik bedeuten, die der Ethik eine zentrale Stelle in der Politik zuweist.

Da die Politik Teil des menschlichen Handelns ist, benötigt sie ein bestimmtes Menschenbild. Außer seiner materiellen Seite verfügt der Mensch auch über ein politisches Verhalten, zu dem Wertbegriffe genauso gehören wie Verhaltensmuster, Wissen, Informationen, Erfahrungen und Vorstellungen.¹³ Diese Aspekte der menschlichen Persönlichkeit sind eng mit der Ethik verbunden. Bleiben sie un-

geordnet, ist jeder politische Fortschritt unmöglich. Eigentlich ist dies die Aufgabe der Gesetze, die aber diese Erwartung nicht erfüllen können. Das Gesetz kann die Absichten des Menschen nicht regeln, wohl aber die Ethik.

Macht und Wettbewerb sind Teil des politischen Handelns. Beide müssen reguliert werden, was wiederum eine große Anzahl ethischer Fragen aufwirft, die ohne den Bezug auf grundlegende Werte nicht beantwortet werden können.¹⁴ Die Ethik macht sich zum Richter darüber, ob eine bestimmte Handlungsweise mit moralischen Zielsetzungen vereinbar ist.¹⁵ Die Ethik debattiert die moralische Rechtfertigung von Entscheidungen über politisches Handeln. Wie sollten wir gewisse politische Aktivitäten regulieren, und welchem moralischen Orientierungsrahmen sollten wir uns zuwenden?¹⁶ Eine solche Ethik muss an das menschliche Empfinden appellieren und gleichzeitig praktikabel sein. Ohne Ethik gibt es in der Politik weder Vertraulichkeit noch Verlässlichkeit und Vertrauen unter den Akteuren¹⁷; sie wird stattdessen zu einer Grundlage für Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die Ethik macht uns für unsere Handlungen verantwortlich, denn sie verleiht unseren Normen, Wertvorstellungen und Geisteshaltungen einen bestimmten Stellenwert. Dadurch wird das Image unternehmerischer Tätigkeit aufgewertet, und damit auch das Ansehen einer Einzelperson oder einer Firma in der Gemeinschaft. Ein besonderes Anliegen der Öffentlichkeit ist das ethische Verhalten derer, die Verantwortung tragen. Ethische Überlegungen bilden die Grundlage von Verhaltensmaßregeln, die wiederum unter ethischen Gesichtspunkten interpretiert werden sollten.

Die Politik ist wie die Medizin. Es ist ihre Aufgabe, das Los der menschlichen Gesellschaft zu verbessern. Sie ist wie ein Rezept für ein Medikament, das nur dann keine katastrophalen Folgen zeitigt, wenn es richtig dosiert wird. Aber selbst wenn sie richtig dosiert wird, hat die Politik

wie alle Medikamente auch ihre Nebenwirkungen. Diese Nebenwirkungen sind es, die ethische Fragen aufwerfen. Die kulturellen und ökologischen Nebenwirkungen der Politik erfordern eine ethische Rechenschaftspflicht.¹⁸ Das ist deswegen so wichtig, weil manche Nachwirkungen nicht sofort vorhersehbar sind und deswegen aufgrund ethischer Überlegungen erwogen werden müssen. Die Umsetzung einer Politik ohne ethische Grundlage würde zu einer Entfremdung der politischen von der intellektuellen und materiellen Kultur führen.¹⁹ Die Ethik veranlasst uns, über das Offensichtliche hinaus zu denken, und sie befähigt uns, das Geschehene zu analysieren. Sie gibt uns zusätzlich zu unserer Erkenntnis des *Bestehenden* eine Vorstellung von dem *Wünschenswerten*.²⁰ Der Mensch muss die Welt erforschen, erklären und wandeln. Dabei schafft er eine Kultur, die ebenfalls erklärt werden muss. Das Leben des Menschen wird nicht nur von der Natur, sondern auch von der Kultur bestimmt.²¹ Die Politik dient nicht nur der menschlichen Gesellschaft, sie erschafft auch die Welt, in der sie sich bewegt. Die Welt, die die Politik schafft, muss einer genauen ethischen Prüfung unterworfen werden. Einerseits muss man wissen, was die Politik zu schaffen berechtigt ist; andererseits sind die Menschenrechte und andere Grenzen zu beachten.

Im Westen sind viele Institutionen der Ansicht, dass Verhaltensregeln und Normen in der Politik wichtig sind. Verhaltensregeln haben aber ihre Grenzen. Laut Sen sind Verhaltensregeln vage Instrumente zur Lösung präziser Probleme.²² Verhaltensregeln gehen nicht auf (langfristige) ethische Implikationen ein; sie verbieten aber, was nicht getan werden darf. Es ist einfach für Firmen oder Institutionen, sich hinter Normen und Verhaltensregeln zu verstecken und zu behaupten, sie hätten korrekt gehandelt. Es muss aber möglich sein, einer Firma oder einer Institution selbst dann eine moralische Fehlhandlung vorzuwerfen,

wenn sie alle Regeln einhält. Die Ethik muss sich auf die Achtung der Menschenrechte gründen, die aber wiederum nur einen Mindestmaßstab für ethisches Verhalten darstellen.²³ Wenn die von einer Institution oder einer Firma geschaffenen Bedingungen zu Maßnahmen führen, durch die Menschenrechte verletzt werden, stellt dies eine unethische Handlung dar. Wenn eine Regierung ihren medizinischen Etat zusammenstreicht, damit der IWF zufrieden ist, dann können wir sowohl ihr als auch dem IWF unethisches Verhalten vorwerfen. Wenn der IWF etwas Derartiges in einem westlichen Land nicht akzeptiert, dann sollte dasselbe Prinzip auch für Entwicklungsländer gelten. Wie Sen anmerkt: „Jeder, der den Standpunkt des kulturellen Relativismus ernsthaft vertritt, muss bereit sein, kulturelle Unterschiede *jeder Art* hinzunehmen.“²⁴

Politisches Verantwortungsbewusstsein in Afrika: Das moralische Dilemma

Politisches Verantwortungsbewusstsein in Afrika wird von vielen Faktoren in Frage gestellt. Es ist sehr schwer, diese Faktoren zu analysieren und plausible Lösungsvorschläge dafür anzubieten. Einige sind historisch bedingt und können nur im Rahmen einer Art Aussöhnung angegangen werden.

Einerseits ist die Demokratie unser bislang bestes Regierungssystem, andererseits hat sie aber auch Feinde. Da sie nach dem Mehrheitsprinzip funktioniert, erwachsen der Demokratie Gegner in Gestalt von Minderheiten oder Einzelpersonen, deren Ansichten zu bestimmten Fragen unverrückbar sind. Das macht es den Befürwortern der Demokratie schwer, ihre Ideen zu vermitteln. Diese Gruppen tendieren dazu, zur Durchsetzung ihrer Ansichten Störfaktoren im demokratischen Prozess zu unterstützen. Drei dieser Störfaktoren können wir identifizieren, nämlich die

„Spoiler“, das Gebersyndrom und das moralische Dilemma, dem sich die Friedensstifter und die Menschenrechtsbefürworter gleichermaßen gegenüber sehen.

(a) Das Dilemma mit den „Spoilern“

„Spoiler“ (etwa: „Störenfriede“ oder „Absahner“) sind Führer, die glauben, dass Frieden und Entwicklung „ihre Macht, ihre Weltanschauung und ihre Interessen bedrohen und jeden Versuch in diese Richtung mit Gewalt unterdrücken.“²⁵ In Afrika ist dies ein alltägliches Problem. „Spoiler“ wollen keine Selbstbestimmung für die Menschen. Sie wollen keine gebildete Bevölkerung. Schließlich sind viele Afrikaner nur durch den Schweiß der Massen reich geworden.

Wir müssen genau diagnostizieren, mit welcher Art „Spoiler“ wir es zu tun haben. Nur dann können wir eine Strategie für den Umgang mit ihnen entwickeln. Ein politischer „Spoiler“ arbeitet gegen die politische Ordnung wie auch gegen „good governance“, selbst wenn er dazu Blut vergießen muss. Das ist allen „Spoilern“ gemeinsam. Ihr Ziel ist nicht die Wahrheit, sondern ihr eigenes Interesse, sei es Reichtum, Ethnozentrismus oder Tribalismus.

Von einem politischen „Spoiler“ hören wir nur Lügen, aufwieglerische Redensarten und Beleidigungen. Sie wollen, dass ihr Land der Gewalt verfällt. Wir wissen aus Erfahrung, dass diese „Spoiler“ Proteste planen, organisieren und finanzieren, um anderen ihre Agenda aufzuzwingen. „Spoiler“ können nicht teilen. Es ist in ihrem Interesse, wenn Anarchie herrscht. Gewissen, Grundsätze und rationales Denken haben für sie keine Bedeutung.

Es gibt totale, eingeschränkte und habgierige „Spoiler“.²⁶ Ein totaler „Spoiler“ will die totale Macht. Er will sie um jeden Preis und schreckt dabei vor nichts zurück. Eingeschränkte „Spoiler“ verfolgen eingeschränkte Ziele. Das bedeutet jedoch nicht, dass ihr Engagement zur Erreichung

dieser Ziele ebenfalls eingeschränkt wäre. Den habgierigen „Spoiler“ treibt seine Gier dazu, Macht und Reichtümer anzuhäufen. Für die Bürger hat er keine Agenda, und die Not der Schwachen in der Gesellschaft interessiert ihn nicht.

Die Taktik eines „Spoilers“ ändert sich im Verlauf des politischen Prozesses. Er versucht mit allen Mitteln, jeden politischen Prozess lahm zu legen, der ihn nicht begünstigt. Wenn ihm das misslingt, nimmt er bei den Gerichten Zuflucht. Wenn auch das nicht funktioniert, stachelt er das Volk zu Demonstrationen an. Gewalt ist die *ultima ratio* eines jeden „Spoilers“. Er gibt jungen Leuten Geld dafür, Versammlungen zu stören und Schlägereien anzuzetteln, sodass nichts von dem Erfolg hat, was seine Gegner unternehmen.

(b) Das Gebersyndrom: Moden und Inkonsequenz

Viele von denen, die an dem Demokratisierungsprozess in Afrika beteiligt waren, ließen sich ihre Aktivitäten weitgehend von Gebern finanzieren. Dadurch wurden sie kompromittiert, denn jeder Geber stellt seine eigenen Bedingungen. Die Geber haben eigene Pläne, die oft den Zielen der Aktivisten und manchmal sogar dem Gemeinwohl zuwider laufen. Die meisten Geber handeln in ihrem eigenen Interesse. Sie haben ihre eigenen Vorstellungen von „good governance“, die sie verwirklicht sehen möchten. Dieses „Gebersyndrom“ verfolgt viele politische Akteure bis heute. Ihre Vorstellungen von der Realität, die auch ihren Einsatz für die Demokratie und für „good governance“ beeinflussen, unterscheiden sich von dem, was tatsächlich vor sich geht.

Dieser politische Bruch tritt in bestimmten Bereichen besonders klar zu Tage, wie zum Beispiel der Fortpflanzungsmedizin, den genetisch modifizierten Organismen (GMOs), der militärischen Präsenz der Supermächte und der Suche nach Handelspartnern. Von den Gebern, die poli-

tische Aktivisten und Parteien finanzieren, haben schon viele vehement die Berücksichtigung ihrer Pläne eingefordert. Dadurch wurden die Demokratien in Afrika kompromittiert. Die meisten Führer sind sich bewusst, dass bestimmte Empfehlungen ihrer Sponsoren und Geber nicht dem Wohl ihrer Länder dienlich sind und versuchen deshalb, die Umsetzung der von ihnen getroffenen Absprachen hinauszuzögern. Andere schulden ihren Gebern so viel, dass sie sich nicht mehr weigern können, bestimmte politische Richtlinien umzusetzen.

(c) Menschenrechtsbefürworter und Konfliktlöser

Die Bewältigung von tödlichen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen stellt die Akteure vor Probleme. Auf der einen Seite stehen die Konfliktlöser, für die die Beendigung gewalttätiger Konflikte das erstrebenswerteste Ziel auf dem Weg zum Fortschritt darstellt. Auf der anderen Seite stehen die Menschenrechtsbefürworter, nach deren Meinung jede Rechtsverletzung unter das Rechtsstaatsprinzip fallen sollte. Nach ihrer Ansicht wird so sichergestellt, dass kriminelle Aktivitäten nicht länger straflos bleiben und Menschenrechtsverletzungen nicht länger begünstigt werden. Die Konfliktlöser vertreten den Standpunkt, dass jedem Konflikt eine tiefe Spaltung unter den Menschen zugrunde liegt, die überbrückt werden muss, bevor man sich den Menschenrechtsverletzungen zuwenden kann. Beide Gruppen halten ihre Positionen nicht für widersprüchlich, und es besteht keine Übereinstimmung darüber, wo anzufangen wäre und welche Option Priorität haben sollte.

*Die Spannungen zwischen den Anstrengungen zum
Rechtsschutz und zur Konfliktlösung*

Trotz der scheinbaren Spannungen und Widersprüche zwischen Menschenrechtsbefürwortern und Konfliktlösern müssen wir uns bewusst sein, dass „die Befürworter von Menschenrechten und die Spezialisten für Konfliktlösung ein gemeinsames Ziel anstreben – den Aufbau einer stabilen Gesellschaft auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und gegenseitiger Achtung – und oft an denselben Konflikten und eng miteinander verwandten Fragen arbeiten.“²⁷ Beide Gruppen haben sich bereits gegenseitig für unfähig erklärt, bestimmte Probleme zu verstehen und Optionen anzubieten, die den Konflikt lösen und die Menschenrechte schützen. Von den Konfliktlösern wurde behauptet, sie seien bereit, eine Beeinträchtigung gewisser Rechte hinzunehmen, um ihre Ziele zu erreichen. Von den Menschenrechtsbefürwortern hieß es wiederum, ihre Art, sich mit Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen, sei idealistisch und kompromisslos.²⁸

Das muss nicht sein. Beide Gruppen könnten ihre Ziele ohne Einschränkung erreichen, wenn sie ihre Zielsetzungen zusammenlegen. Beide Gruppen könnten sowohl pragmatisch handeln als auch ihren Prinzipien treu bleiben. „Schutzmaßnahmen für die Menschenrechte sind nicht alles; zur Lösung eines Konflikts ist auch eine breite Übereinstimmung über politische Institutionen unabdingbar.“²⁹

Die Spannung zwischen Menschenrechtsbefürwortern und Konfliktlösern zeigt sich auch im Bereich der Rechtsprechung in Übergangszeiten. Diese Spannung erhebt sich hauptsächlich aus der Frage, wie eine Friedensvereinbarung mit der Rechenschaftspflicht zu vereinbaren sei. Die Menschenrechtsbefürworter fordern, eine Rechtsgarantie zur Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen und den Abschluss von Friedensvereinbarungen zu

machen. Die Konfliktlöser wiederum weisen darauf hin, dass es schwierig ist, frühere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zu verfolgen, solange der Konflikt nicht unter Kontrolle ist und keine Garantievereinbarung zum Schutz des anfälligen Friedens ausgehandelt wurde. Beide Gruppen sollten in allen drei Phasen eines Konflikts einen Dialog führen, nämlich während der Eskalation der Gewalt, den Friedensverhandlungen und der Zeit danach.

Der vielversprechendste Ansatz

Um einen Konsens zu erreichen, muss eine Abmachung zwischen dem Staat und seinen Bürgern unter den verantwortlichen Akteuren ausgehandelt werden. Nur eine wirksame Verfassung kann in einem Land die Stabilität sichern und weitere Gewalttaten verhindern. Eine gute Verfassung verleiht denen, die für die Sicherheit der Gemeinschaft sorgen sollen, die entsprechenden Befugnisse. Menschenrechtsbefürworter wie Konfliktlöser sollten zuallererst auf eine gute Verfassung hinarbeiten und sich damit eine solide Grundlage für die Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Problemen schaffen.

Auch ist die Erkenntnis wichtig, dass in einem Konfliktlösungsprozess auch bestimmte Rechte berücksichtigt werden müssen. Der Begriff des Rechts lässt sich über das rein Legale auch auf andere Maßnahmen ausdehnen, die mit den Möglichkeiten und der Kultur eines Landes vereinbar sind.³⁰ In einer Konfliktsituation bieten die Menschenrechte einen Rahmen für Verhandlungen.

Anstatt Übergriffe anzuprangern, sollten sich die Menschenrechtsbefürworter auf den Dialog verlegen. Wissensvermittlung und Beratung sind nur zwei Möglichkeiten zur Sicherung der Menschenrechte. Über die Beratung hinaus müssen jedoch auch a) der Aufbau, b) der Erhalt, c) die Ein-

richtung und d) der Schutz der Menschenrechte in Angriff genommen werden. Die Menschenrechte lassen sich in vielen Gemeinschaften schon dadurch ausreichend schützen, dass wir gegen Menschenrechtsverletzungen strenger und gegen die Beschuldigten weniger streng vorgehen. Auch sollten sich die Menschenrechtsbefürworter darüber im Klaren sein, dass ihre Arbeit von Politikern ausgenutzt werden kann, die nur an einer Übernahme der Macht interessiert sind. Aus diesem Grund gelten Menschenrechtsbefürworter gelegentlich „als generell überheblich, versessen auf politische Korrektheit und ohne Erfahrung im Umgang mit den komplexen, undurchsichtigen Problemen, denen sich Konfliktlöser oft gegenüber sehen.“³¹

Die Ethik als Dreh- und Angelpunkt

Wie schon gesagt, macht uns die Ethik dadurch für unsere Handlungen verantwortlich, dass sie die bestehenden Normen, Wertvorstellungen und Geisteshaltungen aufwertet. Menschenrechtsbefürworter wie Konfliktlöser müssen die ethischen Implikationen ihrer Handlungen überdenken. Wenn Konflikte zwischen Menschenrechtsbefürwortern und Konfliktlösern ausbrechen, ist dies in verschiedener Hinsicht beunruhigend.

1. Wenn Konfliktlöser und Menschenrechtsbefürworter sich nicht einig sind, vermitteln sie den Eindruck, dass man mit Menschen, deren Meinung man nicht teilt, weder zusammenarbeiten noch ihnen Respekt erweisen muss.
2. Wenn sich ein Akteur eine extreme Position seiner Bewegung zu eigen macht, entsteht der Eindruck, dass man eine extreme Haltung durchaus annehmen kann, wenn man nur davon überzeugt ist.
3. Wenn die Akteure einander misstrauen, entsteht der

Eindruck, dass man niemandem vertrauen kann und jeder hinter seiner Organisation stehen muss.

4. Wenn die beiden Gruppen getrennt und auf eigene Faust handeln, entsteht der Eindruck, dass man das Leben zerteilen kann und der Dialog keine Option darstellt.

Diesen Signalen, die von den Meinungsverschiedenheiten zwischen Konfliktlösern und Menschenrechtsbefürwortern ausgehen, muss Einhalt geboten werden. Die Spannung zwischen den Gruppen hat ethische Implikationen, mit denen wir uns auseinandersetzen sollten. Politiker haben diese Meinungsverschiedenheiten bereits ausgenutzt, um ihre eigenen selbstsüchtigen Ziele zu erreichen.

Friedensanstrengungen können verbessert werden, wenn die Akteure vertrauensbildende Maßnahmen in die Friedensprozesse und Konfliktlösungsverfahren integrieren. Die Befürworter der Menschenrechte sollten in der Lage sein, mit Hilfe entsprechender Maßnahmen ein Element gegenseitigen Vertrauens in die Menschenrechtsprozesse einzubringen. Harbottle merkt an: „Vertrauensbildung ist ein Bereich der Diplomatie. Es handelt sich dabei um einen grundlegenden Prozess, eine Vorbedingung für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, der Frieden schafft.“³²

Letztendlich müssen wir deswegen auf die Menschenrechte hinarbeiten, weil nur durch sie tödlichen Konflikten Einhalt geboten werden kann. Wenn man die Menschen ihres Rechts auf Selbstbestimmung beraubt, werden sie leicht gewalttätig. Menschenrechte bedingen ein wirksames Rechtssystem. Der Internationale Strafgerichtshof sollte diejenigen abschrecken, die ansonsten versucht sein könnten, Menschen zur Gewalt anzustacheln.

Um Menschenrechtsbefürworter und Konfliktlöser aneinander anzunähern, müsste zunächst vereinbart werden, dass eine Strafe nur dann erlassen werden darf, wenn der Fall vorher umfassend untersucht wurde und der Schuldige

um Vergebung bittet. Dadurch können sich beide Seiten gegenseitig versichern, dass keinerlei Absicht besteht, Verbrechen zu vertuschen. Eine weitere Lektion für uns wäre, dass wir pragmatisch handeln müssen, wenn wir Frieden schaffen wollen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass unsere „Idealvorstellungen“ von Menschenrechten uns daran hindern, einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Wenn wir möglichst viel erreichen wollen, ist ein Konsens immer wünschenswert. Jeder hat ein Ego, das geschützt werden muss, um das Vertrauen unter den verschiedenen Akteuren zu erhalten. Und schließlich muss klar sein, dass manche Akteure von Politikern oder Egoisten manipuliert werden können. In diesem Bereich ist Transparenz sowohl bei den Menschenrechtsbefürwortern wie bei den Konfliktlösern dringend erforderlich.

Herausforderungen und Hoffnungen

Die Politik ist für den Menschen da, nicht umgekehrt. Das politische Leben sollte durch die Grundsätze der Ethik bestimmt werden. Die Würde des Menschen muss gewahrt, die Familie unterstützt und das Gemeinwohl gefördert werden. Die Menschen haben ein Recht auf die Wahrheit, auch und besonders bei politischen Kampagnen. Jeder hat das Recht, am politischen Leben seiner Gesellschaft teilzunehmen. Arme und Obdachlose dürfen nicht ausgebeutet und gezwungen werden, für einen bestimmten Politiker zu stimmen. Die Armut darf nicht als Druckmittel verwendet werden, um Wähler zu einem bestimmten Verhalten zu bewegen. Die Herausforderung, der sich Afrika letztendlich gegenüber sieht, ist der Aufbau demokratischer Strukturen, die ihrerseits zu „good governance“ führen. Es gibt Anzeichen dafür, dass dieser Prozess bereits angelaufen ist. Er wird sich nur dann beschleunigen und voll insti-

tutionalisiert werden können, wenn sich die Führer den Grundsätzen und Wertbegriffen anschließen, über die wir gesprochen haben. Dieselben Grundsätze und Werte sollten auch der Bevölkerung insgesamt vermittelt werden.

Empfehlungen

- Man sollte den politischen Systemen Zeit geben, sich so zu entwickeln, dass Demokratie und die Teilhabe aller Sektoren der Gesellschaft möglich werden. Bis eine politische Reform Früchte trägt, vergeht viel Zeit.
- Die heutige Politik sollte darauf abzielen, das Wohlergehen des Einzelnen in jeder Hinsicht zu sichern.
- Die Heranbildung eines starken Justiz- und Parlamentswesens sollte unterstützt werden, um das Unrechts- und Verantwortungsbewusstsein der Regierung zu stärken. In Afrika hat das Fehlen einer durchsetzungsfähigen Rechtsprechung oft zu korrupten und verantwortungslosen Regierungen geführt. Politische Verbrechen werden nur selten bestraft. In der politischen Arena ist die Straflosigkeit weit verbreitet.
- Wir sollten mit den Menschen vor Ort zusammenarbeiten, Gemeinschaftsorganisationen (CBOs) und die Zivilgesellschaft stärken und ihnen die Grundsätze der Demokratie vermitteln.
- Starke, zukunftsfähige Verfassungen verdienen Unterstützung. Die meisten afrikanischen Verfassungen wurden in Eile niedergeschrieben, und manchmal wurden in großem Maßstab Anleihen bei den Verfassungen der Kolonialmächte aufgenommen. Wir brauchen Verfassungen ohne die Schlupflöcher, die ansonsten die Verwirklichung einer gerechten und humanen Regierungsführung unmöglich machen.
- Wir müssen Arbeitsplätze schaffen und ausreichende

Mindestlöhne festsetzen. Die von afrikanischen Regierungen festgesetzten Mindestlöhne liegen oft weit unter dem Existenzminimum. Dadurch sind die Menschen so weit verarmt, dass sie sich die Ausgaben für Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wohnung und Ernährung nicht mehr leisten können. Wenn die Mindestlöhne erst einmal dem Existenzminimum entsprechen, haben die Politiker keine Gelegenheit mehr, Jugendliche und Arme auszubeuten.

- Initiativen zur Bekämpfung der Korruption müssen unterstützt werden. Wir müssen Mechanismen zur Unterdrückung von Korruption, Bestechung und Wirtschaftsverbrechen einführen. Jeder Politiker, der der Korruption überführt wird, sollte nach Recht und Gesetz bestraft werden.
- Die öffentliche Sicherheit sollte gestärkt werden. Unsicherheit hat schon viele Interessenten davon abgehalten, in Afrika zu investieren.

Schlussbemerkung

Ich habe verschiedene Themen angesprochen bei meinem Versuch, den Nachweis zu erbringen, dass allen Menschen ein Recht auf Demokratie eingeräumt werden muss, wenn wir dauerhaft „good governance“ haben wollen. Der Wert der Demokratie liegt in den Prinzipien begründet, die sie definieren. Dazu gehören die Achtung der Menschenrechte, die Heranbildung menschlicher Werte, die Rechtsstaatlichkeit und die Fähigkeit, mit Hilfe politischer Anreize das Zusammenleben zu fördern. Ich habe auch nachgewiesen, dass die Demokratie über innere Mechanismen verfügt, die Konflikte und Gewalt verhindern können. Wir haben festgestellt, welche Dilemmas die Demokratie bedrohen, nämlich „Spoiler“, das Gebersyndrom und der Konflikt

zwischen Menschenrechtsbefürwortern und Konfliktlösern. Von diesen dreien sind die „Spoiler“ die schlimmsten, da sie bei der Durchsetzung ihrer Ziele vor nichts zurückschrecken.

Anmerkungen

¹ *Vereinte Nationen*: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948, Art. 21.

² Dafür gibt es in Afrika viele Beispiele. In den USA hat Präsident Bush bestimmt, dass alle an Terroranschlägen gegen die USA Beteiligten vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, mit der Begründung, dass die in der amerikanischen Verfassung garantierten bürgerlichen Freiheiten Ausländern nicht zuständen. Der Kongress wurde zu dieser Ansicht nicht konsultiert.

³ *Bruce M. Russett*: Preventing Violent Conflict through the Kantian Peace. In: Peter Wallensteen (Hrsg.): Preventing Violent Conflicts: Past Record and Future Challenges, Department of Peace and Conflict Research, Uppsala University, Uppsala 1998, S. 251.

⁴ *Scott M. Thomas*: Taking Religious and Cultural Pluralism Seriously: The Global Resurgence of Religion and the Transformation of International Society. In: *Millennium: Journal of International Studies* 29/3, 2000, S. 823.

⁵ *Thomas Pogge*: Achieving Democracy. In: *Ethics and International Affairs* 15/1, 2001, S. 3.

⁶ *Josef Thesing*: Transformation, Democracy and Political Parties – The Role and Significance of Parties. In: Josef Thesing und Wilhelm Hofmeister (Hrsg.): *Political Parties in Democracy*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bornheim 1995, S. 13.

⁷ Ebd., S. 15.

⁸ *Thomas Pogge* (Anm. 5), S. 3.

⁹ *Josef Thesing* (Anm. 6), S. 23.

¹⁰ *Johannes Paul II.*: *Sollicitudo Rei Socialis*, Nr. 39. In: *The Social Agenda: A Collection of Magisterial Texts*, Libreria Editrice Vaticana, Vatikanstadt 2000, S. 69.

¹¹ *Peter Koslowski*: *Principles of Ethical Economy*, Kluwer Academic Publishers, Dordrecht 2001, S. 1.

¹² *Peter Koslowski*: *Ethical Economy as Synthesis of Economic and*

- Ethical Theory. In: Peter Koslowski (Hrsg.): *Ethics in Economics, Business, and Economic Policy*, Springer-Verlag, Berlin 1992, S. 17.
- ¹³ *Josef Thesing: Market Economy and Ethics*. In: Werner Lachmann und Hans Jürgen Rösner (Hrsg.): *Social Security in Social Market Economy*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1995, S. 76.
- ¹⁴ Ebd., S. 77.
- ¹⁵ Ebd., S. 80.
- ¹⁶ Ebd., S. 80.
- ¹⁷ Ebd., S. 81.
- ¹⁸ *Peter Koslowski: Principles of Ethical Economy*, Kluwer Academic Publishers, Dordrecht 2001, S. 6.
- ¹⁹ Ebd., S. 6.
- ²⁰ *Klaus Nürnberger: Prosperity, Poverty and Pollution: Managing the Approaching Crisis*, Zed Books Ltd., London 1999, S. 287.
- ²¹ Ebd., S. 287.
- ²² *Amartya Sen: Does Business Ethics Make Economic Sense?* In: Paul M. Minus (Hrsg.): *The Ethics of Business in a Global Economy*, Kluwer Academic Publishers, Boston 1993, S. 70.
- ²³ Ebd., S. 72.
- ²⁴ Ebd., S. 69.
- ²⁵ *Stephen John Stedman: Spoiler Problem in Peace Processes*. In: *International Security* 22/2, 1997, S. 5.
- ²⁶ Ebd.
- ²⁷ „Einleitung“ zu: *Human Rights Dialogue*, Conergie Council on Ethics and International Affairs, 2/7, Winter 2002, S. 4.
- ²⁸ Ebd.
- ²⁹ *Christine Bell: Principles versus Pragmatism*. In: *Human Rights Dialogue*, Conergie Council on Ethics and International Affairs, 2/7, Winter 2002, S. 8.
- ³⁰ Ebd., S. 5.
- ³¹ *Mari Fitzduff*, ebd., S. 8.
- ³² *Michael Harbottle: Confidence Building in International Diplomacy*. In: Young Seek Choue (Hrsg.), *World Encyclopaedia of Peace*, Bd. I, Oceana Publications Inc., New York 1999, S. 284–287.